

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 11 / 60. Jahrgang, Montag, 30. März 2009

Ausgabe B
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6659
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey



Eine Autolackiererei eines türkischen Unternehmers, der Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbildet, war eines der Besuchsziele von Ministerpräsident Kurt Beck in Ludwigshafen. Das Unternehmen arbeitet in dem Projekt IDA mit, das landesweit beispielhaft für die Integration steht. Foto: Melanie Bauer

„Hier wird Integration praktisch gelebt“

Ministerpräsident Kurt Beck informierte sich über Angebote in Ludwigshafen

„Jugendpolitische Themen standen im Mittelpunkt des zweiten Besuchstages „Für unser Land unterwegs“, der Ministerpräsident Kurt Beck nach Ludwigshafen führte. Einer der Schwerpunkte war das Thema Integration von Jugendlichen. Ein besonders positives Beispiel lernte der Ministerpräsident bei der TOBA GmbH mit dem Projekt IDA (Integration durch Ausbildung) kennen. Kurt Beck: „Was Sie hier machen, ist vorbildlich. Ihre Leistungen machen Mut, einen solchen Weg zu gehen.“

Beim anschließenden Besuch eines türkischen Ausbildungsbetriebes erfuhr Ministerpräsident Kurt Beck Details aus der Aktionspartnerschaft „Vielfalt bewegt“. Im Rahmen dieser Partnerschaft werden Unternehmerinnen und Unternehmer dafür sensibilisiert, dass Vielfalt unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Gewinn für das Unternehmen ist.

Das beispielhafte Projekt in Ludwigshafen wurde von einem Zusammenschluss von Unternehmen mit türkischen Inhabern aus der Region initiiert. Sie wollen damit einen betrieblichen Beitrag zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in der Region leisten. Der durch die Initiatoren gegründete Träger IDA gGmbH und sein gleichnamiges Projekt verfügen über beste Zugänge zur türkischstämmigen Gemeinschaft. Ministerpräsident Beck sagte: „Hier gibt es Integration nicht nur theoretisch, sondern sie wird ganz

praktisch gelebt. Dafür gebührt Ihnen mein herzlicher Dank.“

Im weiteren Verlauf des Tages informierte sich Ministerpräsident Kurt Beck unter anderem im Ludwigshafener St. Marienkrankenhaus über das erfolgreiche Projekt „Guter Start ins Kinderleben“. Das Projekt wurde vom Land Rheinland-Pfalz sowie Partnern in Ludwigshafen und Mainz initiiert. Das Modellprojekt ist ein erfolgreiches Projekt des Landes zum Erhalt des Kindeswohls und der frühzeitigen Unterstützung junger Eltern in einer neuen, sie möglicherweise überfordernden Familiensituation.

In der Cafeteria des Krankenhauses informierten die Projektverantwortlichen den Ministerpräsidenten über die bisherige Arbeit. Vom 1. August 2007 bis Ende Februar 2009 wurden insgesamt 179 junge Familien im Rahmen von „Guter Start ins Kinderleben“ nach der Geburt betreut. Probleme in den betroffenen Familien waren vor allem finanzielle Nöte, psychische Belastungen oder Suchtprobleme. 73 der Familien wurden in die Jugendhilfe überleitet.

Ministerpräsident Beck informierte sich außerdem im Haus des Jugendrechts Ludwigshafen (JuReLu), wo er mit Polizisten, Staatsanwälten, Vertretern der Jugendhilfe und des Vereins für Straffälligenhilfe Frankenthal und Richtern diskutierte. Die gewachsene Zusammenarbeit innerhalb der Einrichtung und die „Kooperation auf

Augenhöhe“ wurden von allen Beteiligten gelobt. Übereinstimmung herrschte in der Bewertung, wie man am besten der Straffälligkeit von Jugendlichen vorbeugen kann: „Das Schlüsselwort ist Bildung“, lautete die zentrale Aussage. Der Vertreter der Jugendhilfe, Emil Ohliger, stellte fest: „Die meisten Kinder und Jugendlichen, die Straftaten begehen, kommen aus bildungsfernen Schichten.“ So waren sich die Diskussionspartner mit dem Ministerpräsidenten einig, dass alles getan werden müsse, um mit der Bildung frühzeitig zu beginnen. Rheinland-Pfalz sei dabei bereits auf einem guten Weg. Ministerpräsident Kurt Beck verwies auf die Initiativen „Bildung von Anfang an“, auf die Einführung gebührenfreier Kindergartenplätze, den Ausbau von Ganztagschulen und nicht zuletzt auf das gebührenfreie Erststudium.

Die Themen Bildung aber und Integration standen im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion „Zukunft braucht Jugend – Jugend braucht Zukunft“ im Kulturzentrum „dasHaus“. Unter der Moderation von Holger Wienpahl diskutierten Solin Ahmad, amtierende Miss Lu, Ender Önder, Geschäftsführer von IDA, und Sebastian Morhardt, Vorsitzender der Studentvertretung am Ostasieninstitut in Ludwigshafen vor gut 200 Besucherinnen und Besuchern mit Ministerpräsident Kurt Beck (siehe auch Seite 2).

Ministerrat beschließt höheres Kilometergeld

Rückwirkend zum 1. Januar soll gezahlt werden

Bedienstete des Landes, die ihr privates Auto für Dienstreisen einsetzen, sollen rückwirkend ab 1. Januar 2009 eine höhere Wegstreckenentschädigung erhalten. Der Ministerrat hat am Dienstag beschlossen, den entsprechenden Gesetzentwurf des Finanzministeriums zur Änderung des Reisekostenrechts dem Landtag zuzuleiten.

Danach sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst, die mit ihrem privaten Auto mindestens 3000 Kilometer im Jahr dienstlich unterwegs sind, 35 Cent statt bisher 30 Cent für jeden Kilometer bekommen. Wer mindestens 1500 Kilometer dienstlich fährt, soll 30 Cent (bisher 26 Cent) erhalten. Bei sonstigen dienstlich veranlassten Reisen mit dem Privatauto wird es nun 25 Cent (bisher 22 Cent) geben und bei Dienstreisen, bei denen der eigene PKW eingesetzt wird, obwohl für dessen Nutzung – wie es im Reisekostenrecht heißt – kein triftiger Grund vorliegt, werden 15 Cent (bisher 13 Cent) je Kilometer erstattet. Ein triftiger Grund für den Einsatz des privaten PKW fehlt zum Beispiel dann, wenn für die Dienstreise auch andere Verkehrsmittel als das Privatauto genutzt werden könnten.

Mit dieser Neuregelung sollen die

gestiegenen Kosten für die Nutzung von Kraftfahrzeugen ausgeglichen werden. Die bisherigen Sätze waren seit dem 1. Januar 2001 nicht mehr erhöht worden.

Wir machen's
einfach:
www.rlp.de

Finanzminister Prof. Dr. Ingolf Deubel rechnet mit Mehrkosten von rund 1,7 Millionen Euro im Jahr für den Landeshaushalt. Im Vorgriff auf die geplante Anhebung werden bereits für alle Dienstreisen ab Januar 2009 die erhöhten Sätze unter Vorbehalt gezahlt. Deubel sagte: „Diese Anhebung ist richtig, schon aus Verantwortung und Fairness gegenüber den motivierten und leistungsstarken Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Interesse der Allgemeinheit tagtäglich im Land unterwegs sind.“



Der neue Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Volker Jung, machte bei Ministerpräsident Kurt Beck seinen Antrittsbesuch. Jung dankte Beck, der sich erfolgreich für die Berücksichtigung der Kirchen beim Konjunkturpaket eingesetzt hatte. Insgesamt sei die Zusammenarbeit von Kirchen und dem Land von einem „guten Miteinander“ geprägt, stellten beide in dem ersten Gespräch fest. Jährlich treffen sich der Ministerrat des Landes und die Präses der Evangelischen Kirchen zu einem Meinungsaustausch. Kirchenpräsident Jung wird daran zukünftig teilnehmen. Weitere Themen des ersten Treffens waren die Wirtschaftskrise und die schrecklichen Ereignisse in Winnenden. Foto: Stefan Sämmer

Beratung ist stark gefragt

Integrationsbeauftragte des Landes legte Jahresstatistik vor

Das Beratungsangebot der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration im rheinland-pfälzischen Sozialministerium, Maria Weber, wurde auch im Jahr 2008 stark in Anspruch genommen. Dies macht die jetzt vorgelegte Statistik der Einzelfälle und Einzelanfragen für das vergangene Jahr deutlich.

„Die Bearbeitung von Anfragen und Einzelfällen gehört zu den Arbeitsschwerpunkten meiner Stabsstelle“, so die Landesbeauftragte. „Mit unserem Service – der Vermittlung in Einzelfällen, mit Beratung, Schlichtung und Aufklärung – wollen wir immer dann helfen, wenn es um ein menschliches Schicksal geht.“ Nicht selten werde damit auch Konflikte vorgebeugt. Insgesamt komme diese Arbeit nicht nur den Betroffenen, sondern auch den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Migrations-, Integrations- und Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz zugute.

Nach Aussage der Landesbeauftragten hat die Stabsstelle im Jahr 2008 rund 320 Eingaben bearbeitet, 20 mehr als im Vorjahr. Laut Jahresbilanz ging

es hauptsächlich um Konflikte mit Behörden. Weber: „Zu nennen sind besonders Ausländerbehörden, zum Beispiel in Zusammenhang mit der Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen oder bei der Zustimmung zur Erteilung von Einreisevisa. Für die Betroffenen ist die Entscheidungspraxis der Behörden nicht immer nachvollziehbar, teilweise sind auch die Behördenmitarbeiter nicht immer über die Besonderheiten von Einzelfällen ausreichend informiert, hier konnten wir vermittelnd tätig werden.“

Auch grundsätzliche Informationen wurden erbeten, beispielsweise zu den Voraussetzungen der Bleiberechtsregelung und zahlreiche konkrete Fragen zu verschiedenen Rechtsgebieten.

Abgesehen von den nicht gezählten Anfragen, bei denen direkt geholfen werden konnte, seien beispielsweise ein Drittel der Einzelanfragen aus dem Bereich Aufenthaltsrecht, ein Viertel zum Beschäftigungsrecht und zu Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts mit etlichen Anfragen zum Komplex Einbürgerungen gewesen.

Ministerpräsident ist zurück

Am Wochenende war Rückzug in die Staatskanzlei

Die Sanierung und Modernisierung des Zeughauses, in dem ein Teil der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei untergebracht ist, ist abgeschlossen. Am zurückliegenden Wochenende fand der Rückzug für knapp 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei in das alte Barackengebäude am Rhein statt. Rund 3000 Umzugskartons, etwa 85 IT-Einheiten und 280 Kunstobjekte werden dabei von dem Umzugsunternehmen transportiert. Ab dem heutigen Montag, 30. März, startet der Bürobetrieb wieder wie früher im Zeughaus.

„Wir sind froh, dass die Wege zwischen den Abteilungen nun wieder kürzer werden. Aber auch von der

neuen Funktionalität im Zeughaus werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren“, sagte der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Martin Stadelmaier, am Freitag bei einem Rundgang durch das renovierte Gebäude.

In den vergangenen 14 Monaten waren nur die Büros von Ministerpräsident Kurt Beck, des Chefs der Staatskanzlei, des Regierungssprechers sowie die Protokollabteilung, die Bibliothek sowie der Objektschutz in dem Ausweichquartier am Taubertsberg untergebracht. Die weiteren 70 Beschäftigten der Staatskanzlei konnten in ihren Büros im „Sautanz“ sowie in weiteren Häusern bleiben.

CDU wird „Todesliste“ nicht mehr verwenden

Zu der Kritik von Regierungssprecher Walter Schumacher an der CDU wegen der Verwendung des Begriffs „Todesliste“ im Zusammenhang mit der Kommunal- und Verwaltungsreform erreichte die Staatszeitung nachstehende „Verlautbarung“ der Pressestelle von CDU Rheinland-Pfalz und CDU-Landtagsfraktion: „Die CDU wird den Begriff ‚Todesliste‘ nicht mehr im Zusammenhang mit der Kommunalreform verwenden.“



„Zukunft braucht Jugend – Jugend braucht Zukunft“ war das Motto der Podiumsdiskussion im Kulturzentrum „dasHaus“ in Ludwigshafen.

Fotos: Melanie Bauer



Vor der Diskussion stand der Ministerpräsident jungen Radioreporterinnen Rede und Antwort.

Jugend braucht Solidarität

Ministerpräsident diskutierte im „dasHaus“ Ludwigshafen

Jugendpolitische Themen, Integration und Gesundheitsfürsorge standen im Mittelpunkt des zweiten Besuchstages „Unterwegs für unser Land“, der Ministerpräsident Kurt Beck nach Ludwigshafen führte. Der Ministerpräsident erwies sich einmal mehr als aufmerksamer Zuhörer und Beobachter; der neuen Erkenntnissen stets aufgeschlossen gegenüber steht.

Nach einem umfangreichen Besuchs- und Besichtigungsprogramm folgte zu Abschluss eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Zukunft braucht Jugend – Jugend braucht Zukunft“ im Kulturzentrum „dasHaus“. Unter der Moderation von Holger Wienpahl diskutierten Solin Ahmad, amtierende Miss Lu, Ender Önder, Ge-

schaftsführer von IDA, und Sebastian Morhardt, Vorsitzender der Studentenvertretung am Ostasieninstitut in Ludwigshafen.

Neben der Bildungspolitik stand hier vor allem die Integration im Mittelpunkt. Ministerpräsident Beck appellierte an die Jugendlichen, sich nicht gegenseitig auszugrenzen. Das gelte im Alltag aber auch in der Diskussion um die Realschule plus. Kritik übte er an der ablehnenden Haltung von Realschülern gegen die Hauptschüler: Diese „Aus- und Abgrenzung“ dürfe nicht sein – schließlich wollten die Realschüler auch nicht von Gymnasiasten abgegrenzt werden. Der Ministerpräsident forderte die Jugendlichen auf, untereinander mehr Solidarität zu zeigen.



Nah bei den Menschen: Kurt Beck in einem Ausbildungsbetrieb.



Großes Interesse herrschte bei den Jugendlichen an den Themen der Podiumsdiskussion.



Ministerpräsident Beck erwies sich als aufmerksamer Zuhörer und Diskutant.

Bauernhöfe im Land werden zu Lernorten

Neues Modellprojekt fördert die Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Landwirtschaft

Bauernhöfe als außerschulische Lernorte stärken – das ist das Ziel des Modellprojekts „Lernort Bauernhof“, das mit der öffentlichen Präsentation der teilnehmenden Betriebe jetzt in die konkrete Umsetzung startet. „Wir freuen uns, dass 45 landwirtschaftliche Betriebe aus ganz Rheinland-Pfalz und mit unterschiedlichen Produktionsrichtungen für das Projekt ausgewählt und qualifiziert werden konnten“, teilte Bildungsministerin Doris Ahnen, Umweltministerin Margit Conrad und Landwirtschaftsminister Hendrik Hering mit. Die Betriebe stellen sich mit der breiten Palette ihrer landwirtschaftlichen

Produktion und mit ihren jeweiligen pädagogischen Angeboten im Internet vor. Interessierte Schulklassen können dadurch leichter den Betrieb finden, der ihren Wünschen entspricht. „Landwirtschaftliche Betriebe sind ideale Lernorte, wenn es darum geht, bei Schülerinnen und Schülern Verständnis für den Wert unserer Lebensmittel und für das Wirtschaften in und mit der Natur zu wecken“, betonten Ahnen, Conrad und Hering. Deshalb haben sie das Projekt „Lernort Bauernhof“ gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer und dem Landfrauenverband auf den Weg gebracht. Während der Projektphase bis Ende

2010 werden die Schulbesuche auf den Bauernhöfen finanziell unterstützt. Allerdings machen die beteiligten Ministerien auch deutlich, dass von den Schulklassen jeweils zusätzlich ein Eigenanteil erbracht werden muss. „Wir wollen damit einen Anstoß dazu geben, dass die Dienstleistung der landwirtschaftlichen Betriebe auch nach Ablauf der Projektphase angemessen honoriert wird. Gleichzeitig sollen die Betriebe die Möglichkeit erhalten, attraktive Angebote für Schulklassen aller Altersstufen zu entwickeln“, unterstrichen die Projektpartner. Infos im Internet unter: www.lernort-bauernhof.rlp.de

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Lucas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17

Viele Anfragen an den Bürgerbeauftragten

Vermittler zwischen Verwaltung und Bürger – 5338 Anliegen im Jahr 2008 bearbeitet

Der rheinland-pfälzische Bürgerbeauftragte Ullrich Galle hat im vergangenen Jahr so viele Anfragen wie noch nie bearbeitet. Insgesamt seien 5338 Anliegen eingereicht worden, teilte Galle anlässlich der Vorlage seines Jahresberichts 2008 mit. Davon seien 3748 Eingaben zulässig gewesen. Für den Großteil der übrigen 1590 Beschwerden war demnach meistens der Petitionsausschuss des Landtags zuständig.

SPD: Bericht zeigt Bedeutung des Petitionsrechts auf

„Der beeindruckende Jahresbericht des Bürgerbeauftragten macht die enorme Bedeutung des Petitionsrechts als Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger deutlich. Die starke Stellung des Bürgerbeauftragten in Rheinland-Pfalz trägt zu einer sinnvollen Umsetzung dieses Grundrechts entscheidend bei“, kommentieren der Vorsitzende des Arbeitskreises Petition der SPD-Landtagsfraktion, Dieter Burgard, und der Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags, Peter Wilhelm Dröschner, den Jahresbericht des Bürgerbeauftragten. Sie dankten dem Bürgerbeauftragten des Landes, Ullrich Galle, für seine wichtige Arbeit.

Allein die Anzahl der Eingaben sei immens. Wenn bei 70 Prozent der Anliegen geholfen oder weitergeholfen werden konnte, werde deutlich, dass der Bürgerbeauftragte mit seinem Mitarbeiterteam in Kooperation mit dem Petitionsausschuss des Landtags maßgeblich zu einem besseren Miteinander und zu einem besseren Klima zwischen den Verwaltungen und den Bürgerinnen und Bürgern beitrage.

Dass dies mitunter auch im Konflikt mit einzelnen Verwaltungen geschieht, liegt ebenso in der Natur der Sache wie es auf die ständige Anforderung verweist, die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu stärken“, sagten die Abgeordneten.

Burgard und Dröschner teilten mit, man werde sich die Schwerpunkte der Petitionen genau ansehen und den Bericht im Landtag zur Aussprache stellen. Die vom Bürgerbeauftragten befürwortete Einführung der Öffentlichen Petition in Rheinland-Pfalz nannten sie eine wichtige Anregung, der es, wie sich auch jüngst bei einem Besuch des Petitionsausschusses beim Bundestag ergeben habe, nachzugehen sei.

CDU: Organspenden stark rückläufig

Ein besseres Konzept zur Erhöhung der Organspendenbereitschaft forderte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Josef Rosenbauer von der Landesregierung. Die Initiativen der Landesregierung zur Gewinnung von Spendern reichten bei weitem nicht aus.

Die Zahl der Spender in Rheinland-Pfalz sei im ersten Halbjahr 2008 um mehr als ein Drittel im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2007 zurückgegangen. Dieser Trend habe sich auch im zweiten Halbjahr 2008 fortgesetzt. Dies sei sehr bedauerlich, so Rosenbauer, denn die grundsätzliche Spendenbereitschaft werde von Experten wesentlich höher als die Zahl der Inhaber eines Spendenausweises geschätzt.

Die aktuellen Zahlen belegten den betrüblichen Rückgang der Spender. Hierauf müsse gezielt reagiert werden. Die Landesregierung müsse dieses wichtige Thema weitaus stärker in die Öffentlichkeit tragen. Zum einen sei jeder ein potentieller Spender – zum anderen könne jeder einmal auf ein Spenderorgan angewiesen sein.

Die notwendige Bewusstseinsbildung hierfür müsse bei den Menschen stärker gefördert werden. Aber auch die Krankenhäuser und Ärzte vor Ort brauchten bessere Unterstützung, denn sie seien die ersten Ansprechpartner für die Menschen bei potentiellen Spenden. Dazu gehören auch gezielte Schulungs- und Betreuungsmaßnahmen, damit sie diese sensible und schwierige Aufgabe im direkten Kontakt mit Spendern und Angehörigen erfüllen könnten, so Rosenbauer.

Damit stieg die Zahl der zu bearbeitenden Fälle stark an: 2007 waren nur rund 3250 Anliegen an Galle und sein Team herangetragen worden. „Da spielen vor allem auch politische Entscheidungen eine große Rolle. Das geht immer rauf und runter. Man kann aber nicht sagen, dass es daran liegt, dass die Verwaltung plötzlich schlechter arbeiten würde“, sagte Galle.

Der Bürgerbeauftragte wird vom Landtag in Mainz gewählt und soll Bürgern bei Schwierigkeiten mit Behörden helfen. Jeder Rheinland-Pfälzer kann sich an ihn wenden. In fast 70 Prozent der bearbeiteten Fälle konnten Galle und seine Mitarbeiter im vergangenen Jahr eine Lösung finden. Die Anliegen werden mündlich vorgebracht oder gehen schriftlich beim Büro des Bürgerbeauftragten ein. Immer mehr Bürger nutzen den Angaben nach dafür auch E-Mail und Internet.

Die meisten Anfragen habe es im vergangenen Jahr aus dem Bereich Landwirtschaft und Umwelt gegeben. Das sei vor allem darauf zurückzuführen, dass es viele Eingaben zum Hochwasserschutz in Nackenheim gegeben habe, erklärte Galle. 24,2 Prozent der bearbeiteten Anliegen kamen demnach aus diesem Bereich.

Häufiges Thema waren auch Beschwerden von Strafgefangenen und das Sozialwesen. Wie schon 2007 bot der Bürgerbeauftragte auch im vergangenen Jahr eine Sprechstunde in einem Gefängnis an. In Trier trugen ihm die Häftlinge ihre Probleme vor. Bei den am häufigsten genannten Kritikpunkten, dem Telefonieren und der Gefan-

genpost am Samstag, konnte laut Galle Abhilfe geschaffen werden. „Ich gehe in die Gefängnisse, damit auch die Häftlinge die Möglichkeit haben, mit ihrem Bürgerbeauftragten persönlich zu reden. Außerdem will ich die Ängste und Nöte der Insassen besser kennenlernen. Deshalb werde ich auch 2009 mindestens eine Haftanstalt besuchen“, sagte Galle.

Im Sozialwesen betrafen die Schwerpunkte den Angaben nach vor allem „die Bereiche Kosten der Unterkunft, Bewilligung beziehungsweise Fortzahlung von Arbeitslosengeld II sowie die Gewährung von einmaligen Beihilfen“. Das Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Mainz lag demnach mit 21 Prozent aller Eingaben deutlich an der Spitze. „Das sollte dem Jobcenter zu denken geben“, mahnte Galle.

Auch die Zahl der Eingaben zum Thema Rundfunkgebühren sind erneut gestiegen. In den meisten Fällen sei es aber ausreichend gewesen, den Bürgern die Regelungen des Rundfunkgebührenstaatsvertrages zu erläutern, erklärte der Bürgerbeauftragte. Im Bereich Öffentlicher Nahverkehr forderte er die Einführung eines „Sozialtickets“ für Bürger mit geringem Einkommen. Dies sei „aus sozialen Gesichtspunkten sinnvoll und geboten“.

Jeweils bezogen auf 10 000 Einwohner erhielt der Bürgerbeauftragte insgesamt die meisten Eingaben aus dem Landkreis Mainz-Bingen, gefolgt von Cochem-Zell und Bad Dürkheim. Die wenigsten Beschwerden und Anliegen reichten Bürger aus Speyer und Neustadt an der Weinstraße ein.



Der Petitionsausschuss unter der Leitung des Vorsitzenden Peter Wilhelm Dröschner (SPD) und in Begleitung des Bürgerbeauftragten Ullrich Galle und des Leiters des Bürgerbüros der Landesregierung, Hans-Jürgen Fries, nahmen an einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages teil. Auf der Tagesordnung standen u.a. ein mögliches NPD-Verbot, die Frage nach gesundheitlicher Aufklärung bei Tätowierungen und Petitionen zu Verbraucher- und Mietschutzthemen. Anschließend hatte der Ausschuss die Möglichkeit, sich in einem Gespräch mit der Vorsitzenden und den Obleuten des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages über die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Einlegung von öffentlichen Petitionen zu informieren. Am zweiten Tag gab der Leiter der Unterabteilung Petitionen und Eingaben, Ministerialdirigent Karl-Dietrich Haase, dem Ausschuss einen Überblick über die personellen und technischen Voraussetzungen zur Einführung von öffentlichen Petitionen. Ausschussvorsitzender Peter Wilhelm Dröschner zog ein positives Fazit der Berlin-Fahrt: „Wir bringen viele Anregungen mit nach Rheinland-Pfalz. Insbesondere muss die Frage der öffentlichen Petitionen auch für unser Bundesland ernsthaft diskutiert werden.“

Neuer Beraterkreis gegründet

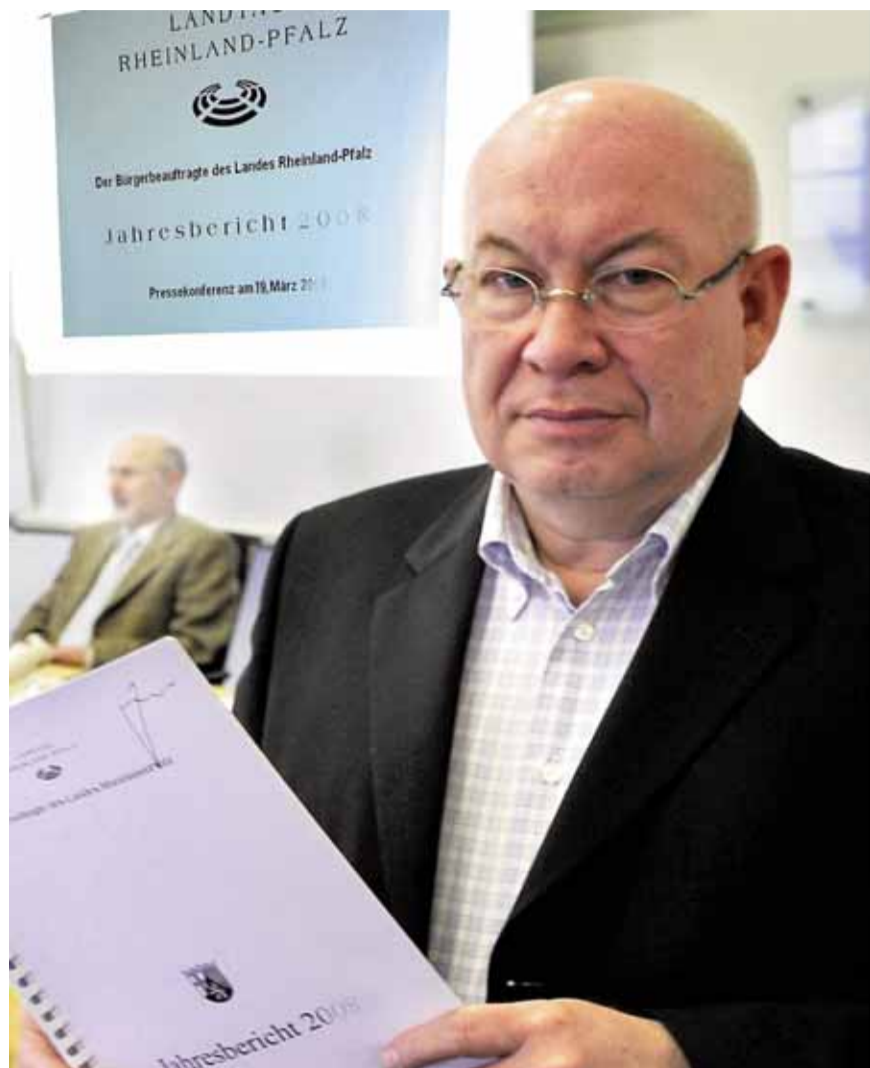
SPD: Ständiger Austausch mit externen Experten

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr der SPD-Landtagsfraktion traf sich im Rahmen einer Sitzung des „wirtschaftspolitischen Beraterkreises“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, gewerkschaftlicher Interessensvertretung und Selbständigen. Dies war die erste und konstituierende Sitzung des neu gegründeten „wirtschaftspolitischen Beraterkreises“ der SPD-Landtagsfraktion. Schwerpunkte der Gespräche im „wirtschaftspolitischen Beraterkreis“ der SPD-Landtagsfraktion sind Themen und Interessen von Wirtschaft und Beschäftigten in Rheinland-Pfalz.

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr der SPD-Landtagsfraktion wird sich im Rahmen des neuen „wirt-

schaftspolitischen Beraterkreises“ zukünftig mehrmals im Jahr mit externen Expertinnen, Experten und Praktikern zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik im Land austauschen und hierbei Erfahrungen, Berichte wie auch Anregungen 'aus erster Hand' aufnehmen.

Man werde vor allem die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen und ihrer Beschäftigten in Rheinland-Pfalz im „wirtschaftspolitischen Beraterkreis“ zum Thema machen. Die SPD verstehe sich in der Wirtschaftspolitik vor allem auch als Anwältin der Beschäftigten und des Mittelstandes im Land, betonte Landtagsabgeordneter Alexander Schweitzer, und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.



Aktuelle Zahlen zur Information:

Tausende Beschwerden und Anliegen erreichen jedes Jahr den rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten. Einige Zahlen zum Berichtsjahr 2008:

- 5338 Eingaben von Petenten
- 74,7 Prozent davon wurden schriftlich gestellt
- 12,2 Prozent per E-Mail
- 3748 Anliegen wurden als zulässig eingestuft
- 5030 Eingaben wurden 2008 erledigt
- In 70 Prozent der Fälle konnte geholfen oder weitergeholfen werden
- 65,5 Prozent der einreichenden Personen waren Männer
- 31 Sprechtag bot der Bürgerbeauftragte im ganzen Land an
- Ein Sprechtag in einem Gefängnis (JVA Trier)

Neue Grundschulordnung

CDU: Mehrbelastung und rechtliche Unsicherheiten

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes, wirft der Landesregierung vor, Lehrerinnen und Lehrer bei der Umsetzung der neuen Grundschulordnung im Stich zu lassen. Die neue Grundschulordnung führe nach Berichten der betroffenen Lehrer zu einer immensen Mehrbelastung - die Rede sei von 80 Stunden im Jahr pro Klasse - und berge rechtliche Unsicherheiten.

Unklarheit herrsche z. B. beim Lehrer-Eltern-Schülergespräch. Nicht alle Eltern erschienen zu diesem Pflichtgespräch, und bisher gebe es keine klare Aussage darüber, ob in diesen Fällen Hausbesuche Pflicht seien. Die neuen Zeugnisse mit ihren Verbalbeurteilungen seien mit hohem Aufwand verbunden, aber für die Eltern wie für aufneh-

mende Schulen sehr schwer verständlich. Es mangle hier an einheitlichen Standards, so Dickes.

„Die im vergangenen Herbst eingeführte Grundschulordnung führt sowohl bei den Lehrern als auch bei den Eltern nur zu Irritationen. Mit der Umsetzung hatte es die SPD-Alleinregierung besonders eilig. Sie forderte die Grundschulen auf, die neuen Vorgaben anzuwenden, obwohl die rechtsförmliche Prüfung noch nicht abgeschlossen war. Viele Punkte sind bis heute nicht geklärt. Das ist nicht akzeptabel. Wir werden die Erfahrungen mit der neuen Grundschulordnung erneut im Bildungsausschuss thematisieren und noch vor den Osterferien mit den Verbänden zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen.“

„Dilettantische Einführung“

FDP kritisiert fehlende Beteiligung des Parlaments

Die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Nicole Morsblech teilt die Kritik der Lehrkräftegewerkschaft GEW an der dilettantischen Einführung der neuen Grundschulordnung und kritisiert darüber hinaus, dass eine solche wesentliche Änderung nicht dem Parlament vorbehalten wurde.

Die SPD-Regierung habe nicht nur eine wesentliche Änderung per Rechtsverordnung und damit ohne Parlament auf den Weg gebracht, sondern diese Verordnung auch noch nach den Herbstferien rückwirkend für das bereits laufende Schuljahr in Kraft treten lassen, so Morsblech. Dieses Vorgehen sei „völlig inakzeptabel“ und die damit verbundene Verunsicherung werde zu Recht von den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern kritisiert.

Die Kritik der Lehrkräfte beziehe sich offenkundig auf die Art der Um-

setzung und ausdrücklich nicht auf die Chancen, Schüler individueller bewerten und fördern zu können. „Ziffernoten sind unverzichtbar, um eine Leistung einordnen zu können. Ihre Ergänzung ist jedoch sinnvoll, um Stärken, Schwächen und Lernfortschritte noch besser zu erfassen und auf dieser Grundlage jedes einzelne Kind noch zielgerichteter in Zusammenarbeit mit den Eltern fördern zu können“, so Morsblech.

Die Grundschullehrer forderten jedoch zu Recht, dass sie auch in die Lage versetzt werden müssten, die Reform vor Ort umsetzen zu können. Leider finde jedoch keine Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen statt, um einer individuelleren Förderung auch in der schulischen Praxis stärkeres Gewicht einräumen zu können, kritisierte die FDP-Bildungspolitikerin.



Verbindliche Schuldenregel auch für die Länder

Haushaltsausschuss befasste sich mit Ergebnissen der Föderalismuskommission II

Über das von der Föderalismuskommission II geschürte Reformpaket unterrichtete Finanzminister Prof. Dr. Ingolf Deubel (SPD) in der jüngsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses unter Vorsitz von Astrid Schmitt (SPD). Die am 15. Dezember 2006 gemeinsam von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Kommission hatte den schwierigen Auftrag, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbeiten. Für Rheinland-Pfalz ist der Minister der Finanzen in die Kommission entsandt worden. Auch die Landesparlamente sind durch insgesamt vier Abgeordnete vertreten, die über Rede- und Antragsrecht, allerdings kein Stimmrecht verfügen.

Im Mittelpunkt des Berichts von Finanzminister Deubel stand die neue Schuldenregel für Bund und Länder



sowie die Einrichtung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Haushaltskrisen. Die jetzt in der Kommission vereinbarte Schuldenregel beinhaltet die Vorgabe, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Für den Bund soll diese Vorgabe ab dem Jahr 2016 als erfüllt gelten, wenn die Kreditaufnahme einen Wert von 0,35 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht übersteigt.

Für die Länder soll ab dem Jahr 2020 das Verbot einer strukturellen Neuverschuldung gelten, d.h. eine Kreditaufnahme ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur ausnahmsweise im Fall von Naturkatastrophen oder anderen vergleichbaren Notsituationen zulässig. Für diese höhere Kreditaufnahme muss eine Tilgungsregelung vorgesehen werden. Die nähere Ausgestaltung der jeweiligen Schuldenregel sowie des Übergangspfades bis zum Jahr 2019 sollen die Länder im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Grenzen autonom regeln. Neu geschaffen werden soll auch ein Stabilitätsrat,

dem vor allem die Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern obliegen soll.

Das Gesamtpaket der Föderalismusreform II ist vom Bund mit großer Mehrheit beschlossen worden. Auf Länderseite hat allerdings Mecklenburg-Vorpommern dagegen gestimmt. Schleswig-Holstein hat sich enthalten. Die parlamentarische Beratung im Deutschen Bundestag zur Umsetzung der Reform soll noch in diesem Monat beginnen.

Die in der Föderalismuskommission II gefundenen Ergebnisse wurden von den Landtagsfraktionen übereinstimmend als Erfolg gewertet. Allerdings bleibe abzuwarten, ob Schuldenregel und Frühwarnsystem auch in der Praxis den an sie gestellten Erwartungen gerecht würden. Teilweise wurde auch auf Bedenken hingewiesen und geltend gemacht, dass Schuldenregeln für die Länder der jeweils eigenen Landesverfassung vorbehalten blieben. Ausschussvorsitzende Astrid Schmitt kündigte an, sich zügig einer landesrechtlichen Regelung und Umsetzung widmen zu wollen.



Abschiedsbesuch von Eugene-Richard Gasana, der nach fünf Jahren als Botschafter in Deutschland in sein Heimatland zurückkehrt. Unser Foto zeigt Gasana beim Eintrag ins Goldene Buch, zusammen mit Landtagspräsident Joachim Mertes, den Abgeordneten Dr. Peter Enders (CDU) und Dieter Klöckner (SPD), rechts Landtagsdirektor Dr. Lars Brocker.
Foto: Klaus Benz

Rückkehr nach Ruanda

Botschafter Gasana stattete Abschiedsbesuch ab

Über fünf Jahre war er Botschafter der Republik Ruanda in der Bundesrepublik, jetzt kehrt Eugene-Richard Gasana in sein Heimatland zurück.

Bei seinem Abschiedsbesuch hob Landtagspräsident Joachim Mertes hervor, dass er in seiner Zeit als Botschafter, aber auch bereits davor ein Garant für den Ausbau der sogenannten „Graswurzelpartnerschaft“ gewesen sei. Er unterstützte in beiden Partnerländern die Aktivitäten der Kommunen und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Gasana stellte Kontakte her und legte großen Wert darauf, dass die ruandische Bevölkerung als Gestalter und Träger der Entwicklungsmaßnahmen fungieren konnte. Umgesetzt wurden Projektvorschläge die nach ih-

rer Auffassung am dringlichsten und sinnvollsten waren.

Botschafter Gasana bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem gesamten Landtag, Landtagspräsidenten, der Landtagsverwaltung und den Landtagsfraktionen.

Als unentbehrlich bezeichnete er den Verein „Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda e.V.“ und das Koordinationsbüro in der Hauptstadt Kigali, die eine hervorragende Arbeit leisteten.

Durch sie werde gewährleistet, dass die Projektgelder, die von der rheinland-pfälzischen Bevölkerung und der Landesregierung aufgebracht würden, auch tatsächlich vor Ort ankommen und bestimmungsgemäß verwendet werden.

Podiumsdiskussion zum Equal Pay Day

SPD: Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern abbauen

„Die Podiumsdiskussion hat uns in unserer Auffassung bestätigt, dass bloße Absichtserklärungen von Wirtschaft und Politik in der Frage der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern nicht ausreichen. Der rechtlichen Gleichstellung von Frauen im Berufsleben muss die tatsächliche Gleichstellung bei Entgelt und Aufstiegschancen folgen. Dass gut ausgebildete Frauen nach einer Geburt ihren Beruf ganz oder teilweise aufgeben, ist ein fatales Signal für unsere Gesellschaft. Wir müssen konsequent weiter daran arbeiten, die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen“, erklärte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Jutta Steinruck im Anschluss an die Veranstaltung.

Thema der Podiumsdiskussion war der geschlechterbezogene Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern, der in Deutschland rund 23 Prozent beträgt. Um auf Entgeltunterschiede aufmerksam zu machen, wurde 2008 erstmals in Deutschland ein Tag der Entgeltgleichheit initiiert.

Der Equal Pay Day markiert den Zeitraum, den eine Frau über den Jahreswechsel hinaus arbeiten muss, um den Jahresverdienst ihres männlichen Kollegen zu erreichen. Die Ursachen für die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind vielfältig. Einer der Hauptgründe für deutliche Gehaltsunterschiede ist die familienbedingte Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von Frauen für die Kindererziehung. Dadurch sammeln sie geringere Berufserfahrungen, sind in wichtigen Phasen für den beruflichen Aufstieg abwesend und kehren häufig auf Teilzeitarbeitsplätze mit geringen Aufstiegs- und Einkommensmöglich-



keiten zurück.

Ein weiterer Faktor ist die horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarktes nach Branchen und Hierarchiestufen. Das heißt, Frauen arbeiten überwiegend in Wirtschaftszweigen und Berufen mit niedrigen Einkommen. Außerdem sind sie seltener in höher bezahlten Führungspositionen zu finden als Männer.

„Arbeitnehmer und Unternehmer sind beim Thema Entgeltgleichheit gleichermaßen gefordert, denn Einkommensunterschiede wirken sich in-

direkt auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes aus. Weniger Einkommen führt zu weniger Investitionsspielraum und Konsum und zu einer verminderten Rücklagenbildung und Vorsorge. Die Kernfrage ist, wie die Arbeitsleistungen von Frauen und Männern fair bewertet werden können und wie gleiche Verdienstmöglichkeiten – bei gleicher Arbeit – für alle geschaffen werden können“, so Marianne Grosse, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, abschließend.

Mehr Sicherheit in Schulbussen angemahnt

FDP: Gefährdung von Schülerinnen und Schülern nicht weiter hinnehmbar

Als „erschreckend und nicht hinnehmbar“ bezeichnete es der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Günter Eymael, dass auch nach dem vorgestellten zweiten ADAC-Schulbustest Schüler nach Einschätzung des ADAC in Schulbussen gefährdet würden.



Das Gesamtergebnis des Tests, wonach etwa ein Drittel der getesteten Fahrten mit mangelhaft bewertet wurden und ein weiteres Drittel mit einem dürftigen ausreichend, treffe auch auf die in Rheinland-Pfalz getesteten Strecken zu, so Eymael.

Überfüllte Busse, erhebliches Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit, das Stehen auf Treppenstufen im Bus, Gerangel um knappe Sitzplätze, zu wenige Haltegriffe für kleinere Schüler oder fehlende Nothämmer seien nur einige der Schwächen, die auch in Rheinland-Pfalz festgestellt worden seien. Die oft vorherrschende Meinung, dass nur alte „abgetakelte“ Busse für den Schülertransport eingesetzt würden, habe der ADAC-Test zum Glück jedoch nicht bestätigt, so Eymael. Dennoch schildere der ADAC auch im Hinblick auf die technische Sicherheit einen Fall aus Rheinland-Pfalz, bei dem die Po-

lizei aufgrund der gravierenden Mängel die sofortige Stilllegung des Buses erwogen habe.

„Die Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass alles getan wird, damit ihre Kinder wieder gesund nach Hause kommen, wenn sie sie morgens auf den Weg in die Schule verabschieden“, sagte Eymael. Die Landesregierung dürfe angesichts des negativen Ergebnisses auch im zweiten ADAC-Test nicht zur Tagesordnung übergehen. So müssten die für den Schülertransport verantwortlichen kommunalen Träger auch finanziell in die Lage

versetzt werden, vor Ort dafür Sorge zu tragen, dass Busfahrten zur Schule sicher sind, so Eymael.

Er werde beantragen, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses zu setzen. Die Landesregierung müsse berichten, welche Möglichkeiten sie sieht und welche Maßnahmen sie ergreifen will, um die erneut festgestellten Mängel zu beseitigen und damit die Sicherheit der Kinder in Schulbussen zu erhöhen.

Gesetzentwurf wird erarbeitet

SPD: Familienzuschlag für homosexuelle Beamtenpaare

In Rheinland-Pfalz soll der Familienzuschlag für Beamte auch für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt werden. Im Rahmen der Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerpartnerschaftsgesetz des Bundes erhielten die Paare künftig „auch den Verheiratenanteil am Familienzuschlag“, kündigte SPD-Fraktionschef



Jochen Hartloff an.

Ein entsprechender Gesetzentwurf werde derzeit erarbeitet. Hartloff zeigte sich zuversichtlich, dass der Entwurf noch vor der parlamentarischen Sommerpause eingebracht wird.

Hinzu komme die Gleichstellung mit der Ehe unter anderem im Bereich des Beihilferechts, der Beamtenversorgung, der Reisekosten und der Umzugskosten, erläuterte Hartloff. Mit dem Gesetz werde die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner mit Verheirateten im öffentlichen finanziellen Dienstrecht umgesetzt.



SPD-Landtagsfraktion spendete wieder für Herzenssache. Die Parlamentarische Geschäftsführerin Barbara Schleicher-Rothmund und der Fraktionsvorsitzende der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag Jochen Hartloff überreichten Anfang des Jahres Gitta Hauke von der Aktion Herzenssache des SWR und des SR einen Scheck über 1 000 Euro. Wie in jedem Jahr hatte die SPD-Fraktion auch diesmal auf Weihnachtskarten und Geschenke verzichtet, zusätzlich Spenden gesammelt und den Betrag dann entsprechend aufgerundet. Der gemeinnützige Verein Herzenssache setzt sich auf vielfältige Weise in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und dem Saarland für benachteiligte Kinder ein.